

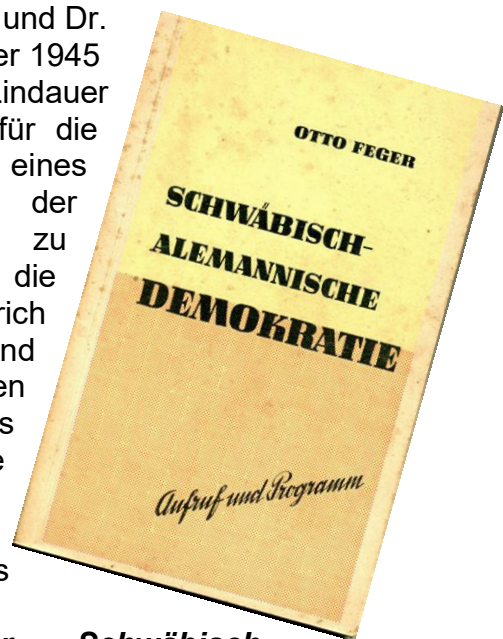
# "Parteien sind die Form der Mitarbeit, nicht weniger, aber auch nicht mehr"

## Wiederzulassung der politischen Parteien für den Kreis Lindau vor 50 Jahren

Nach 13 Jahren Unterdrückung im NS-Regime konnten sich ab März 1946 auch die Menschen in Lindau wieder politischer Parteien zur Formulierung und Durchsetzung ihrer Interessen bedienen. Doch enthielt der Weg dahin noch manche Überraschung.

### Sonderwege vor der Neugründung politischer Parteien

So besuchten Studienrat Dr. Halma aus Bregenz und Dr. Paur aus dem badischen Engen am 18. Dezember 1945 den amtierenden provisorischen Lindauer Kreispräsidenten Oskar Groll (SPD), um ihn für die Unterstützung ihrer Pläne zur Gründung eines "Alpenländischen Demokratischen Bundes" der süddeutschen und österreichischen Gebiete zu gewinnen. Trotz Unterstützung durch die Bürgermeister Wachter (Bregenz) und Dietrich (Singen) fanden diese separatistischen und politisch konservativ ausgerichteten Vorstellungen des am 10. Oktober gegründeten Aktionskomitees "Union alpine" in Lindau keine nennenswerte Unterstützung. Ähnlich spärlich auch das Konzept für eine "Schwäbisch-Alemannische Demokratie" des Konstanzers Otto Feger aus dem Jahre 1946.



**Titelblatt des Buches von Otto Feger, „Schwäbisch-Alemannische Demokratie – Aufruf und Programm“, Konstanz Januar 1946.**  
Sammlung Schweizer.

Deutlich mehr Einfluss hatte da in Lindau der am 12. Oktober 1945 gegründete Antifaschistische Block Lindau vom Oktober 1945 bis zum 7. Mai 1946. Katharina Seifried war die einzige Frau in diesem 12-köpfigen Zusammenschluss, dem Vertreter aller vier zukünftigen Parteien angehörten.<sup>1</sup>

### Die Wieder- bzw. Neugründungen politischer Parteien

Grundlage dafür war der entsprechende Beschluss der Konferenz der vier alliierten Siegermächte auf ihrer Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Darauf gründete die Verordnung der französischen Militärregierung vom 13. Dezember 1945 zur Parteiengründung.<sup>2</sup> Bis Juli 1946 durften zunächst nur Parteien auf Landkreisebene organisiert werden.

Lindaus Kommunistinnen und Kommunisten waren die ersten, welche sich mit ihrer ersten Funktionärstagung am 30. Dezember 1945 neu organisierten. Als neue Kreisleitung meldeten sie den Besatzungsbehörden den Zimmermeister

Hans Kick, Eisenbahner Hans Miller und Maurer Karl Birnbeck.<sup>3</sup> Ihre Ziele formulierten sie in ihrem Lindauer 10-Punkte-Programm u.a. folgendermaßen:



**Stempel der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD im Landkreis Lindau seit Januar 1946.**

Original im Staatsarchiv Augsburg, Repro: Schweizer.

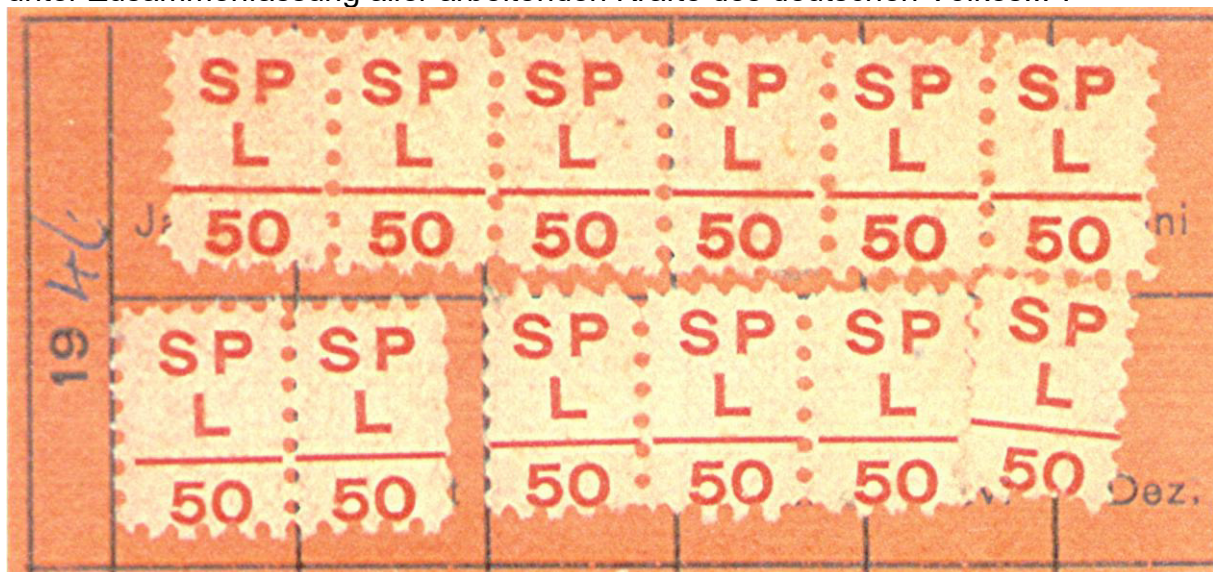
„Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei. 2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. 3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes. 4. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige

Ausbeutung. Freie demokratische Wahlen der Betriebsvertretungen (...) Öffentliche Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Terrors, für Waisenkinder, Invaliden und Kranke, besonderen Schutz den Müttern. 5. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. 6. Verstaatlichung aller lebenswichtigen Betriebe (...)“.

Mit Datum vom 2. Januar 1946 wandten sich die 20 Gründungsmitglieder des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei für den Kreis Lindau an die Genehmigungsbehörde. Darunter waren so bekannte Namen wie Dipl. Ing. Oskar Groll, Heizer Balthasar Schliersmeier, Bootsbauer Wilhelm Klemm, Werkmeister Max Dittrich, Arbeitsamtsleiter Gustav Röhl und als einzige Frau Marie Sedelmeier. In den beigefügten vorläufigen Satzungen wurde folgendes Ziel formuliert:

"1....Der Zusammenschluss aller demokratischen und sozialistischen Kräfte der deutschen Bevölkerung des Kreises Lindau im Rahmen der sozialdemokratischen Partei.

2. Die sozialdemokratischen Partei kämpft für Demokratie und Sozialismus gegen alle nationalsozialistischen, militaristischen und reaktionären Strömungen unter Zusammenfassung aller arbeitenden Kräfte des deutschen Volkes..."<sup>4</sup>



**Beitragsmonatsmarken für das Jahr 1946 aus dem SPL(SPD)-Mitgliedsbuch des Eisenbahners Karl Zech, Lindau.** Sammlung Karl Schweizer.

"Zur Gründung einer Partei der christlichen Demokraten vereinigten sich heute die Unterzeichneten..." begann ein Brief vom 9. Januar 1946, mit welchem die Gründungsgenehmigung für eine Christlich Demokratische Partei beantragt wurde. Zu den 18 unterzeichnenden Männern gehörten u.a. Gastwirt Wilhelm Göttler, Bürgermeister Walter Frisch, Reichsbahnschlosser Karl Braun, Fabrikant Anton Zwisler und Zollfinanzrat Otto Biehl. Letzterer befand sich noch im Vormonat auf der Antifa-Vorschlagsliste der Demokraten.<sup>5</sup> Zu den ersten programmatischen Aussagen der CDP Kreis Lindau gehörte: „Wenn heute viele unter der Entnazifizierung leiden, dann auch aus dem Grunde, dass bei den

**Postwurfsendung!  
An alle Haushaltungen!**

# Mitteilungsblatt

Der Christlich-Demokratischen Partei im bayerischen Landkreis Lindau

Nummer 3

1. Dezember 1948

## *An alle Wähler und Wählerinnen!*

Wahlen und Entscheidungen seit 1933 nicht genügend Klarheit und Wahrheit und manchmal nicht genügend Charakterstärke und tieferes Nachdenken vorhanden war.“<sup>6</sup>

**Kopf des Mitteilungsblattes der Christlich-Demokratischen Partei im Landkreis Lindau, ab 1950 die CSU, vom 1. Dezember 1948.**

Sammlung Schweizer.

Der bürgerliche "Volksbund der Demokraten" des Kreises Lindau richtete sein Gründungsgesuch allerdings erst am 3. Februar 1946 an die Behörde. In diesem von den 14 Gründungsmitgliedern unterzeichneten Brief, darunter Helene Speer als einzige Frau, wurden als Vorstand folgende Personen benannt: Altbürgermeister Karl Sting, Rechtsanwalt Werner Springe, Studienrat Dr. Alfred Stolze, Küfermeister Georg Vorwallner und Lokführer Gottfried Lamp.<sup>7</sup>

## **Demokratische Volkspartei** **Kreis Lindau**

**Kopf einer Wahlbekanntmachung der Demokratischen Volkspartei von 1947, ab 1950 die FDP, im Landkreis Lindau.** Sammlung Schweizer.

In Lindau wie in allen deutschen Besatzungszonen verwendeten nur die beiden Arbeiterparteien ihre alten, zuvor verbotenen Parteinamen. Das Bürgertum, bis vor kurzem mannigfach mit den nationalsozialistischen Organisationen und deren Staat verwoben, verzichtete auf seine alten Parteinamen aus der Weimarer Republik und schuf sich neue. Da Lindau inzwischen nicht mehr zum Lande

Bayern gehörte, bezeichnete sich die Christlich Demokratische Partei noch nicht als CSU. Aus dem Volksbund der Demokraten wurde später die FDP/DVP. Mit Verfügung der französischen Militärregierung vom 11. März 1946 erhielten die Christlich Demokratische, die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei ihre Zulassung für den bayrischen Kreis Lindau. Durch die verspätete Anmeldung verzögerte sich dies für die Liberalen bis zum 17. April. Die Erlaubnis zur Gründung von Partei-Ortsgruppen wurde zusätzlich erst im Juli erteilt.



### **Grundsätzliche Landratsworte**

Am 2. April wandte sich Oskar Groll als Landrat im Amtlichen Anzeiger mit grundsätzlichen Überlegungen zur Stellung der zugelassenen Parteien an die Bevölkerung:

***Oskar Groll (1875 – 1946) etwa 1946 als Landrat und vorläufiger Kreispräsident im Landkreis Lindau.*** Repro: Sammlung Schweizer.

"Jetzt sind in den genehmigten Parteien die Formen gegeben, in die alles politische Denken und Wollen gefasst werden kann, wobei wir uns darüber klar sind, daß der Inhalt der politischen Betätigung wichtiger ist als die Form (...)

Die großen Aufgaben, die wir gemeinsam bewältigen müssen und wollen, fordern von jedem eine ganz persönliche Entscheidung, der

er sich nicht

entziehen kann. Die Demokratie setzt voraus, daß jeder sich den Platz sucht, von dem aus er am öffentlichen Leben mitwirken will (...)

Arbeit und Verantwortung sind die Kenn-zeichen der Demokratie, Hetze und verlogene Propaganda müssen sie zerstören. Die Parteien sind die Form der Mitarbeit, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Sie sollen nicht Religion und Weltanschauung ersetzen, sondern die Tragpfeiler des öffentlichen Lebens sein. In dieser Beschränkung liegt ihre große Bedeutung. Zeigen wir, daß wir reif geworden sind für echte Demokratie(...)"<sup>8</sup>

Bald setzte ein reges Versammlungsleben ein, in welchem trotz der einwöchigen Anmeldefrist die neu errungenen Freiheiten gelebt wurden. Den Anfang machten wieder die beiden Arbeiterparteien, die Kommunisten mit der ersten legalen Mitgliederversammlung am 22. März, die Sozialdemokraten mit ihrer ersten Generalversammlung am 23. März im Reutiner "Kolosseum".

Die Kommunisten wählten dabei mit Hans Kukowitsch einen stadtbekanntem und schillernden Aktivisten der Jahre vor dem NS-Regime zu ihrem 1. Sekretär. Kukowitsch war nach einer KZ-Haft im Jahre 1933 ins Exil gegangen, kämpfte auf der Seite der Republik gegen die spanischen Franko-Faschisten, danach bei Toulouse gegen die deutsche Wehrmacht und kehrte noch vor Einmarsch der französischen Armee illegal wieder in die Bodenseeregion zurück.

Erster Vorsitzender der Sozialdemokraten wurde Oskar Groll. Dieser bezeichnete als neue Perspektive laut Amtsblattbericht "die Sozialdemokratische Partei als die große Volkspartei der Zukunft, die ihre Tore weit öffnen und nicht nur die Partei der Arbeiter, sondern aller zur Mitarbeit entschlossenen Kräfte jedes

Standes und Berufes sein werde." Vorstandsmitglied Felix Ostertag überreichte ihm die vor den Nachstellungen der Nazis gerettete Lindauer Parteifahne aus dem Jahre 1912. Vorstandsmitglied Gustav Röhl wandte sich in seinem Grundsatzreferat u.a. gegen die viel erörterte Frage des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien, da "diese Entscheidung nicht in Lindau zu fällen sei". Eine in Rücksprache mit der Militärbehörde von der Redaktion des Amtsblattes nicht veröffentlichte Antwort darauf hielt dem entgegen: "Eine Spaltung bedeutet eine Schwächung des Kräfteverhältnisses mit verhängnisvollen Auswirkungen in dem Kampf gegen Großindustrie und ihre Unternehmerorganisationen, Großgrundbesitz und Militarismus."

## Erste öffentliche politische Versammlungen

### Öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei

<p>Sonntag, den 14. April, um 14.30 Uhr in <u>Röthenbach</u>, Bahnhof-Hotel Redner: Präsid. Groll, Arbeitsamtsleiter Röhl</p> <p>Mittwoch, den 17. April, um 19.30 Uhr in <u>Lindenberg</u>, Turnhalle Redner: Präsident Groll Polizeioberst a. D. Schützing Josef Felder, ehem. Mdr.</p>	<p>Sonntag, den 14. April 1946, um 19.30 Uhr in <u>Weiler</u>, Gasthaus „Krone“ Redner: Präsid. Groll, Arbeitsamtsleiter Röhl</p> <p>Donnerstag, den 18. April, um 19.30 Uhr in <u>Lindau</u>, Theatersaal Redner: Präsident Groll Polizeioberst a. D. Schützing Josef Felder, ehem. Mdr.</p>
---	---

**Die gesamte Bevölkerung ist eingeladen!**

***Bekanntgabe der ersten öffentlichen sozialdemokratischen  
Veranstaltungen im Landkreis Lindau im „Amtlichen Anzeiger für den  
bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“ vom 13. April 1946.***

Sammlung Schweizer.

Die erste allgemein öffentliche politische Versammlung in Lindau mit Einladung an die Lindauer Bevölkerung wurde von der Sozialdemokratischen Partei SPL am 18. April 1946 im überfüllten Stadttheater durchgeführt. Tatsächlich konnte erstmals wieder öffentlich und reichlich kontrovers politisch diskutiert werden. So sprachen neben der Sozialdemokratie auch Vertreter der anderen drei Parteien. Für die liberalen Demokraten meldete sich Rechtsanwalt Dr. Springe „im Sinne einer allgemeinen Verständigung und verständnisvollen Zusammenarbeit aller demokratisch eingestellten Gruppen“ zu Wort, für was er laut Zeitungsbericht „bei der großen Mehrheit der Versammlungsteilnehmer warme Zustimmung fand.“<sup>9</sup>

Die ersten drei politischen Versammlungen im Westallgäu waren jene der SPD mit u.a. Gustav Röhl und Oskar Groll, am 14. April 1946 im „Krone-Saal“ in Weiler und gleichentags im Bahnhof-Hotel in Röthenbach-Oberhäuser, sowie am 17. April in der Lindenberger Turnhalle.<sup>10</sup>

Die christdemokratische Partei CDP hielt ihre erste öffentliche Versammlung unter der Leitung ihres Vorsitzenden Bürgermeister Göttler, erst am 6. Juni im Lindauer Stadttheater ab. Referent Dr. Hugo Schnell aus Scheidegg legte dabei die Grundansichten der neuen Partei dar, die im Bericht der CDU-nahen Schwäbischen Zeitung aus Leutkirch, welche am 12. April erstmals auch

Lindauer Lokalnachrichten veröffentlicht hatte, folgendermaßen zusammengefasst wurden:

"Die furchtbare Katastrophe unseres Volkes und Europas erfordere einen Neuaufbau, der nicht mehr von alten liberalen und allgemeinen Ideen getragen werden können, sondern der den Erkenntnissen der Zeit angepasst sein müsse. Der Glaube an den Materialismus und Rationalisierung sei nach diesen Jahren und Erfahrungen für viele zusammengebrochen. In unserem Wiederaufbau sei der bewährte ‚Eckstein‘ einzusetzen, der die Menschen von innen heraus ändere (...) erst durch einen Friedensschluss werde die unsichere Lage Deutschlands, die auch Europa bedrohe, wenigstens zum großen Teil beendet und schaffe die notwendigen Voraussetzungen für den Wiederaufbau."<sup>11</sup>

**Mitglieder-  
Versammlung**  
der K. P. D.

Am Donnerstag, dem 6. Juni 1946, findet eine Mitglieder-Versammlung der Kommunistischen Partei

im „Aeschacher Hof“

statt. Im Rahmen der politischen Schulung beginnt Herr Lehrer Götzger einen Zyklus über „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“. Das Thema des ersten Abends lautet

**„Arbeit und Gesellschaft“**

Gäste werden herzlich eingeladen.

Sekretariat der KPD.

**Christlich-Demokratische Partei**  
Lindau (B) (Christl. Soziale Union)

**Öffentliche  
Versammlung**

Donnerstag, 6. Juni 1946, um 19.30 Uhr,  
in LINDAU, Theatersaal

Redner: Dr. SCHNELL, Scheidegg

Thema:  
**Unser Wiederaufbau**

Die gesamte Bevölkerung wird hierzu eingeladen!

**Avis aux Personnes Déplacées  
du Kreis de Lindau**

Suite aux décisions du Commandement Français en Alle-

**Bekanntgabe von politischen Versammlungen der Lindauer Kommunisten und der Christdemokraten im „Amtlichen Anzeiger für den bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“ vom 4. Juni 1946.** Sammlung Schweizer.

Noch 1951, als unbekannter CSU-Landessekretär und MdB Strauß in der "Krone" zu Weiler seinen ersten Auftritt im Landkreis hatte, lautete die offizielle Parteiabkürzung CDP. 1953 war daraus der CSU-Kreisverband Lindau mit seinem Vorsitzenden MdB Graf von Spreti geworden.

Der erste öffentliche Bericht über die Ziele der neuen DVP im Amtlichen Anzeiger Lindaus vom 30. April informierte von deren Vorstandssitzung unter der Leitung von Altbürgermeister Karl Sting am 26. April im "Sünfzen":

"Die Erneuerung des öffentlichen Lebens auf rein demokratischer Grundlage sei das oberste Gebot. Alle Parteien, die wirkliche Demokratie über ihre Sonderinteressen stellten, seien zur Mitarbeit willkommen.

Die demokratische Partei wende sich an alle, die am Aufbau eines neuen Staates mitarbeiten wollten und beschränke sich nicht auf eine bestimmte Gesellschaftsschicht. So seien auch in der engeren Vorstandschaft alle Kreise vertreten. Die Partei hoffe, einen guten Teil zum politischen Wiederaufbau unseres Gemeinwesens beitragen zu können..."

Die Vertreter der vier nun gegründeten Parteien beschlossen am 7. Mai die Auflösung des Lindauer Antifa-Blockes<sup>12</sup> und der Ortsgruppe des "Neuen Deutschland", deren Vorsitzender der Journalist Dr. Erich Schairer war.

Für den 15. September 1946 hatte die Besatzungsmacht erstmals Gemeinderats- bzw. Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen, für den 13. Oktober dann Kreistagswahlen angesetzt. Bisherige Mitglieder der NSDAP, ihrer Nebenorganisationen und Berufsoffiziere der NS-Wehrmacht durften nicht wählen und sich nicht zur Wahl stellen. Ein Trend war mit den benachbarten bayrischen Kreistagswahlen vom April vorgezeichnet worden, bei welchen bayernweit die CSU 3160, die SPD 1033 und die KPD 123 Sitze errungen hatte. In Lindau aber verschlechterten sich mit dem Tod von Kreispräsident und SPD-Vorsitzendem Oskar Groll am 19. Juni die SPD-Wahlchancen. Trotzdem sich Vertreter der vier demokratischen Parteien am 9. Juli als Arbeitsgemeinschaft trafen, um über die Nachfolge von Kreispräsident Groll zu beraten, hatte die



Konkurrenz um Wahlstimmen und lokalpolitische Macht bereits begonnen. Grolls Nachfolger als Kreispräsident wurde Anton Zwisler von der CDP, als Landrat Dr. jur. Wolfgang Christoph Bernklau.

***Erste Sitzung der neu gewählten Kreisversammlung (heute Kreistag) im Herbst 1946 im Großen Sitzungssaal des Alten Rathauses in Lindau. Vorne dritter von links: Erhard Davidson für die KPD.*** Sammlung Schweizer.

Nach der Wahl zum neuen 15-köpfigen Lindauer Stadtrat erhielt für die kommenden zwei Jahre die CDP 8 Sitze, die SPD vier, die DVP zwei und die KPD einen Sitz. Die Bürgermeisterwahl entschied Dr. Walter Frisch (CDP) für sich.

Bei einer kreisweiten Wahlbeteiligung von 68,6 Prozent entfielen durch die Wahl zur ersten 20-köpfigen Kreisversammlung (heute der Kreistag Lindau) auf die CSU 15 Sitze, die SPD drei, die DVP und die KPD jeweils ein Sitz.<sup>13</sup>

Nach der Wahl zum neuen 10-köpfigen neuen Lindenberger Stadtrat am 15. September 1946 erhielt für die kommenden zwei Jahre die CDP 6 Sitze, die SPD

zwei, sowie die KPD und die DVP jeweils einen Sitz. Neuer Bürgermeister für sechs Jahre wurde Rudolf Ferle (SPD). Damit war die Mehrheit der politischen Ämter auf Stadt- und Kreisebene erneut mit Vertretern des Bürgertums besetzt. Trotzdem beschwerten sich noch 1950 neun Mitglieder der CDP (inzwischen die CSU) bei ihrem Kreisvorsitzenden und MdB Graf von Spreiti in einem Brief bitterböse: "Es muss festgestellt werden, dass unsere Partei, wie in allen übrigen Behörden, so auch im Kreispräsidium völlig ohne Einfluss ist. Obwohl der Kreispräsident selbst Mitglied unserer Partei ist (...) Angesichts der Tatsache, daß unsere Behörden ausschließlich vom Geist der SPD und insbesondere der FDP, der ‚Parteilosen‘ und des Freimaurertums beherrscht sind...", forderten die Unterzeichner eine massiv an Personen ihrer eigenen Partei orientierte Personalpolitik im Landkreis und in den Orten. Damit wurde der Aufbau parteipolitischer Seilschaften in altbekannter Manier eingefordert.<sup>14</sup>

© Karl Schweizer, [www.edition-inseltor-lindau.de](http://www.edition-inseltor-lindau.de); April 2026

---

<sup>1</sup> Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Kreispräsidium Lindau“, Akten 164 und 212.

<sup>2</sup> „Verordnung Nr. 23 des Commandant en Chef betreffend Gründung politischer Parteien, demokratischer und anti-nationalsozialistischer Richtung im französischen Besatzungsgebiet“ in „Amtsblatt der Stadt Lindau (B) Nr. 3 vom Freitag, den 11. Januar 1946, hrg. vom Bürgermeister der Stadt Lindau, S. 3; Julian Lubini, „Die Geschichte des ‚Landes‘ Lindau – Ein Kreis als Staat zwischen Frankreich, Bayern, Württemberg und dem Bund (1945-1955/56) – Strukturen/Personen/Ereignisse“, Norderstedt 2021, S. 135ff.

<sup>3</sup> Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Kreispräsidium Lindau“, Akte Nr. 167; „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bestand NL 142, Aktenband 28, Nachlass Hermann Nuding.

<sup>4</sup> Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Kreispräsidium Lindau“, Akte Nr. 168.

<sup>5</sup> Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Kreispräsidium Lindau“, Akte Nr. 165; „Lindauer Nachrichten“ in der „Schwäbischen Zeitung“, Ausgabe Lindau, 14. Mai 1946.

<sup>6</sup> Beilage zum Amtsblatt Nr. 38 vom 16. Mai 1947 im „Amtlicher Anzeiger für den Bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“, 16. Mai 1947.

<sup>7</sup> „Amtlicher Anzeiger für den Bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“, 20. April 1946, S. 6.

<sup>8</sup> „Amtlicher Anzeiger für den Bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“, 2. April 1946, S. 1.

<sup>9</sup> „Amtlicher Anzeiger für den Bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“, 27. April 1946, S. 3.

<sup>10</sup> „Amtlicher Anzeiger für den Bayerischen Kreis Lindau, Ausgabe Lindau“, 16. April 1946, S. 2.

<sup>11</sup> „Lindauer Nachrichten“ in der „Schwäbischen Zeitung“, Ausgabe Lindau, 10. Juni 1946.

<sup>12</sup> „Lindauer Nachrichten“ in der „Schwäbischen Zeitung“, Ausgabe Lindau, 14. Mai 1946.

<sup>13</sup> Wilfried Lenz, „Dokumentation Ankunft und Eingliederung der Heimatvertriebenen in Lindau (B)“, Band 1, Lindau 1986, S. 255ff.

<sup>14</sup> Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Kreispräsidium Lindau“, Akte Nr. 165.